

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 39 (1959-1960)
Heft: 9

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Koexistenzoffensive Moskaus

Seit Chruschtschew und Eisenhower sich in Washington voneinander verabschiedeten und ihr nächstes Rendez-vous auf das Frühjahr vertagt, ist in der großen Weltpolitik eine Pause eingetreten. Der amerikanische Präsident verläßt sich darauf, daß Moskau in Berlin bis zur nächsten Begegnung an einer Gipfelkonferenz nichts einseitig unternehmen wird. Inzwischen hat im Westen ein geschäftiges Hin und Her von Staatsbesuchen und Treffen der Regierungschefs und Außenminister eingesetzt. Als erster Präsident in der Geschichte der USA besucht Eisenhower eine ganze Reihe von Hauptstädten des Mittelmeergebietes und Asiens, bevor er am 19. Dezember in Paris mit Macmillan, de Gaulle und Adenauer zur Besprechung der weiteren Verhandlungstaktik gegenüber Chruschtschew zusammentrifft. Besuch Adenauers in London, Staatsbesuch de Gaulles bei Königin Elisabeth, Reise de Gaulles nach Amerika, Zusammenkunft Chruschtschews mit de Gaulle in Paris lauten die weiteren Punkte im diplomatischen Programm, an dem Frankreich überaus stark beteiligt ist. Mit seiner selbständigen Initiative zur Einladung des sowjetischen Staatschefs, für die er sich allerdings auf das Vorbild des britischen Premiers berufen kann, hat de Gaulle eine Hinausschiebung der ost-westlichen Gipfelkonferenz erreicht und den Verbündeten zu verstehen gegeben, daß er sich im Gespräch der Vier nicht mit einer untergeordneten Rolle abfinden will. In Washington erklärt man sich mit dem Vorgehen de Gaulles um so bereitwilliger einverstanden, als man sich dort seit der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Algerier aus einem schweren Dilemma befreit sieht. Dagegen sind in London Stimmen des Unmuts laut-

geworden, die den französischen Präsidenten der Sabotage am Werk der Entspannung beschuldigen. In Bonn wiederum, wo man sich von einer Gipfelkonferenz in bezug auf Berlin wenig Gutes verspricht und die Gespräche der Großen am liebsten auf das Abrüstungsthema beschränkt sehen möchte, denkt man nicht daran, de Gaulle sein Vorgehen übelzunehmen.

Versuch zur Entwaffnung des Westens

Was bei dem nun allgemein als feststehend betrachteten Gipfeltreffen an Resultaten herausschauen soll, ist noch völlig ungewiß. Die Tatsache aber, daß sich die USA nun zu einem Gespräch herbeilassen und die Notwendigkeit einer Entspannung bejahen, wird von der Moskauer Propaganda systematisch ausgebaut. Wer Zweifel an den Absichten des Kremls hegt und Bedenken über die Nützlichkeit von Gipfelgesprächen äußert, wird sogleich als Militarist und Faschist gebrandmarkt, und jede Regung des Antikommunismus wird als Friedensstörung und Kriegshetze angeprangert. Die Defensivanstrengungen der NATO sind nach dem kommunistischen Sprachgebrauch — in völliger Umkehrung der Tatsachen — «Bemühungen um eine Verlängerung des Kalten Krieges». Dabei leisten die Sprachrohre der Linksopposition, vor allem in England, dem Kreml bedenkenlos Schützenhilfe. Allerdings beschränkt sich die Überzeugung, daß es Chruschtschew angesichts der Gefahr eines totalen Atomkrieges tatsächlich um eine militärische Entspannung zu tun sei, unter der die Gegensätze im friedlichen Wettbewerb der Wirtschaftssysteme und im Ringen um die Gunst der jungen Nationen

Asiens und Afrikas ausgetragen würden, nicht auf ausgesprochene Linkskreise. Eisenhower sind diese Gedankengänge vertraut, und selbst de Gaulle glaubt an eine sowjetische Entspannungsbereitschaft, wobei er die Bedenken Rußlands vor dem Heranwachsen des chinesischen Kolosse als mitbestimmende Ursache anführt.

Chruschtschew selber hat demgegenüber in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet klargemacht, daß Entspannung und Koexistenz keineswegs die Einstellung der ideologischen Offensive und den Verzicht auf die Ausbreitung des Kommunismus bedeuten. Der Sowjetdiktator kann vor seinen Parteigenossen darauf hinweisen, daß sein Koexistenzprogramm bereits zu akuten Gegensätzen unter den NATO-Alliierten geführt hat. Zudem hat er unter dem Deckmantel der Entspannungspropaganda Schritte eingeleitet, um Polen, das sich seit 1956 einer relativen Freiheit im Rahmen seiner Satellitenexistenz erfreute, wieder gleichzuschalten. Die Rückkehr einer ganzen Reihe bekannter Stalinisten, die 1956 aus der Staatsführung entfernt worden waren, in hohe Ämter ist das äußere Zeichen des Kurswechsels. Chruschtschew verschafft sich dadurch Argumente, um die mit seiner Koexistenzpolitik unzufriedenen Parteiführer in Moskau und Peking zu beschwichtigen.

Moskau und Peking

Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Amerika reiste Chruschtschew nach Peking weiter, um dort an den Feiern zum zehnten Jahrestag der Chinesischen Volksrepublik teilzunehmen. Vor den chinesischen Kommunistenführern verteidigte er seine Koexistenzpolitik und warnte sie, daß die Völker einen Angriff gegen die kapitalistische Welt nicht begreifen würden. Aus den chinesischen Reden klang dagegen eine unverhüllte Aggressivität und die Forderung nach einer Vormachtstellung Chinas in ganz Asien. In der Verschiedenheit der Tonart widerspiegelt sich der Interessengegensatz zwischen

der hochindustrialisierten Sowjetunion, die den Produktionswettbewerb mit Amerika aufnehmen möchte, und dem chinesischen Ameisenstaat, der mit Hungersnöten und Überbevölkerung kämpft und dessen Versuche, die Entwicklung zum Industriestaat in den Volkskommunen mit Gewalt zu forcieren, als Fehlschlag abgeschrieben werden mußte. Für Moskau bedeutet eine akute Kriegsgefahr eine unerwünschte Störung der auf weitere Technisierung hinzielenden Entwicklung, für Peking dagegen ein Mittel zur Erzeugung inneren Drucks und zur Rechtfertigung von Zwangsmaßnahmen. Der chinesisch-indische Konflikt an der Himalaja-Grenze wurde von Moskau ausdrücklich bedauert — eine bemerkenswerte Tatsache, ist doch die automatische gegenseitige Unterstützung der kommunistischen Länder bei Konflikten gegen außen sonst die verbindliche Regel.

Nebrus bittere Erfahrung

Die Übergriffe der chinesischen Armee auf indisches Territorium bedeuten für Nehru eine Desavouierung seiner ganzen bisherigen Außenpolitik, die sich auf die sogenannten fünf Grundsätze der Koexistenz stützte. Der indische Premier hatte daran geglaubt, daß die in Bandung proklamierte asiatische Solidarität dem westlichen Machtdenken moralisch überlegen sei und darum dauerhafter sein müsse. Die Illusion der indisch-chinesischen Freundschaft dauerte genau so lange, bis die Interessen der beiden asiatischen Mächte zum erstenmal in direkten Gegensatz gerieten. China hat in den ungeklärten Grenzfragen im Norden Assams und in Kaschmir ohne zu zögern zur Gewalt gegriffen, und — nach einer Periode des Nichtglaubenwollens — mußte Nehru die Tatsachen akzeptieren. Damit stellt sich die Frage, ob Indien seine bisherige Neutralitätspolitik «zwischen den Blöcken» fortsetzen kann. Eine gewisse Annäherung an den feindlichen Bruder Pakistan ist bereits erfolgt, und auch das Verhältnis zu den West-

mächten wird auf Grund der Situation neu besprochen werden müssen, wozu der bevorstehende Besuch Eisenhowers in Indien Gelegenheit bieten wird.

Der Wahlsieg Macmillans

Während man in Bonn und Paris und zum Teil auch in Washington die bevorstehende Gipfelkonferenz als ein Experiment mit zumindest fraglichem Ausgang betrachtet, haben sich in England Regierung und Opposition bereits in einem Wahlkampf darüber gestritten, wem das größere Verdienst am Zustandekommen des Treffens überhaupt gebühre. Jedenfalls hat Macmillan mit seiner Politik der Verständigung und seinem Ruf nach Gesprächen um der Gespräche willen einen außerordentlich hohen Wahlsieg für die Konservative Partei zu erzielen vermocht, der um so bedeutender erscheint, als in England zum erstenmal eine Partei in drei aufeinanderfolgenden Wahlen den Sieg davontrug. Der Erfolg beruht keineswegs nur auf der Außenpolitik; die wirtschaftliche Prosperität, deren Großbritannien sich erfreut, unter gleichzeitiger Fortsetzung der von Labour eingeführten großzügigen Sozialeinrichtungen gaben den Wählern Argumente genug, um sich für die konservativen Kandidaten zu entscheiden. Die Labourpartei sucht nun die Ursachen der neuen Niederlage zu ergründen. Sie befindet sich in ähnlicher Lage wie die deutsche Sozialdemokratie. Beiden stellt sich die Frage, ob ihnen das Festhalten an den marxistischen Lehren und an der Idee der Klassenpartei, die ausschließlich die Interessen der Arbeiter vertritt, noch eine Zukunft versprechen kann. In beiden Parteien gibt es einen starken linken Flügel, zu dem die Masse der Parteifunktionäre neigt, und eine reformfreudige Parteispitze, die eine Loslösung von Marx und einen Einbruch in bürgerliche Schichten anstrebt. Weder in England, wo die linksradikalen Kritiker dem Leader Gaitskell die Schuld an der Wahlniederlage zuzuschreiben suchen und neue Verstaatlichungspläne er-

wägen, noch in Deutschland, wo die SPD ein neues, aus Kompromissen geborenes Parteiprogramm angenommen hat, dürfte der innere Zwiespalt ein rasches Ende finden.

Das Abkommen über die Freihandelszone

Schneller als erwartet haben sich die sieben europäischen Staaten, die außerhalb des Gemeinsamen Marktes Deutschlands, Frankreichs, Italiens und der Beneluxländer blieben, zu einer eigenen Freihandelsvereinigung zusammengeschlossen. Im Gegensatz zur Zollunion der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die einen einheitlichen Außentarif für alle Importe in das Gebiet der Sechs aufrichtet, schaffen die sieben Staaten Großbritannien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Österreich, die Schweiz und Portugal eine Freihandelszone, die Zölle und Einfuhrbeschränkungen gegen innen und außen abbauen soll. Bei der Unterzeichnung des Abkommens in Stockholm wurde dem Willen Ausdruck gegeben, die Freihandelszone nur als Übergangslösung bis zur Liberalisierung des Handels in ganz Europa zu betrachten. Schon in relativ kurzer Zeit werden die Wirkungen der handelspolitischen Zusammenschlüsse durch neue Konkurrenz- und Absatzverhältnisse auch für die Schweiz stark fühlbar werden und viele Unternehmer vor wichtige Entscheidungen stellen. Dabei wird man den eigentlichen Zweck der Handelsliberalisierung nicht aus dem Auge verlieren dürfen, leistungsfähigen Industrien über die Grenzen hinaus vergrößerte Absatzgebiete zu verschaffen und unproduktive Anlagen allmählich auszumerzen. Nur so kann die Gesamtproduktivität und der allgemeine Wohlstand gesteigert werden; Schutzmaßnahmen zugunsten einzelner Produktionszweige, so gerechtfertigt sie, aus der Nähe betrachtet, erscheinen mögen, laufen dem Gesamtinteresse auf weite Sicht zuwider und hemmen eine Entwicklung, von der auch unser Land profitieren wird.

Nemo

Brief aus Paris

Der Traum und die Wirklichkeit

Das Angebot des «Friedens der Tapferen» des Generals de Gaulle erfolgte im Oktober 1958. Seither hat die öffentliche Meinung des Landes nicht aufgehört, durch das Problem Algerien, dessen Lösung immer noch in der Schwebe ist, aufgewühlt und uneins zu sein. Daher das Ausmaß der Widerreden, ihre Schärfe, die Erwartung und Unruhe. Jeder-
mann weiß oder spürt, daß Algeriens Schick-
sal dasjenige Frankreichs mit sich zieht, das nunmehr, entsprechend der Erklärung de Gaulles vom 16. September, entschieden wird. Die kürzliche Pressekonferenz, die sich im Elysée-Palast mit der üblichen Feierlich-
keit abspielte, brachte dazu nichts Neues, ab-
gesehen davon, daß das Angebot des Waffen-
stillstands vom General mit eindringlichen
Worten erneuert wurde, die zu verstehen ga-
ben, daß den Führern des FLN der Weg nach
Paris offenstehe und es nur an ihnen liege,
zu kommen. Indem er den Grundsatz der
Selbstbestimmung für Algerien verkündete,
das Recht zur Abspaltung miteinschließend,
läßt der Präsident Frankreich das größte
Wagnis auf sich nehmen, in der Hoffnung,
ihm die größten Chancen zu bewahren. So
durchhaut er den gordischen Knoten eines
nunmehr fünf Jahre dauernden Krieges, löst
jedoch auch eine Welle von Unzufriedenheit
und Protesten aus, deren Bedeutung zu un-
terschätzen man im In- und Ausland Unrecht-
täte. Der Augenblick ist also günstig für eine
Prüfung der politischen Situation, die heute
in dramatischer Weise die Rolle, die de Gaulle
zu spielen sich berufen glaubte, in Gegensatz
bringt zu jener, welche das Schicksal ihm
zuweist.

Die Aufstellung der neuen Institutionen
erfolgte vor einem Jahr ohne Schwertstreich,
ohne daß ein einziger Pflasterstein aus den
Vororten geworfen worden wäre, obwohl die
damalige Regierung, wie sie selbst zugegeben
hat, die Kräfte zur Aufrechterhaltung der

Ordnung nicht mehr in der Hand hielt. Der General ließ sich mit Zustimmung des gan-
zen Landes die verfassungsgebenden Gewalt-
ten übertragen, die er begehrte und auch in
der begehrten Form. Zeit wurde nicht ver-
loren. In wenigen Wochen bestätigte die
Mehrzahl der Wähler, erschreckt, müde ge-
worden oder mitgerissen, alles, was man von
ihr verlangte und wählte eine Kammer nach
dem Bild des Referendums, das in Tat und
Wahrheit ein Plebisitz für den General gewe-
sen war. Eine Bedingung sollte jedoch zuvor
erfüllt sein, um dem Staatschef die Verwirk-
lichung der Politik zu erlauben, welche sein
Machtantritt dem Lande versprach: die Be-
endigung des algerischen Krieges sowie eine
dauerhafte Regelung der Probleme des
schwarzen Afrikas.

De Gaulles großes Verdienst ist es, so-
gleich erklärt zu haben, daß im einen wie im
andern Fall die Lösung nicht außerhalb der
Bahnen des Liberalismus gefunden werden
könne. Um dies durchzuführen, zählte er auf
sein Ansehen, das niemand ihm abzustreiten
gewagt hätte, einigten sich doch auf seinen
Namen die entgegengesetzten Meinungen
wie in dem gemeinsamen Mittelpunkt aller
Leidenschaften: der Armee, welche die
Machtübernahme durch einen großen Führer
von der in den Fehlschlägen des Indochina-
kriegs erworbenen Bitterkeit heilte; jener
Franzosen, die eine starke, ja diktatoriale
Macht wünschten und den Mißkredit nicht
vergaßen, in welchem das vorherige Regime
untergegangen war; schließlich der Masse
der algerischen Muselmanen, seit mehreren
Jahren Opfer des FLN und deren Leiden
und Hoffnungen dazu neigten, den Schieds-
richterspruch eines gerechten und angese-
henen Mannes anzunehmen.

In nichts anderem soll man denn den tie-
fen Sinn der Verbrüderungsszenen und der
Euphorie sehen, die sich im Mai 1958 im
Mutterland wie in Algier erneuerten. Das
Land glaubte einen Augenblick, den Zusam-

menhalt wiedergefunden zu haben, die unzertrennbare Einheit, wie in den schönsten Tagen seiner Geschichte unter der Oberhoheit eines außergewöhnlichen Führers, den einige wie einen Monarchen verehrten und ihm unbeschränkten Kredit gaben. Die Reaktionen in Tunis, Rabat, selbst in Kairo gestatteten im übrigen dem General die Annahme, daß er allein imstande sei, zu dem zu gelangen, was man eine Übereinkunft mit den Arabern nannte. Die Communauté, sein Hauptwerk, aus föderalistischem Geist entworfen und souverän von ihm gelenkt, sollte ihm, glaubte man, dabei helfen, trotz schwerer Risse, die sich darin, vorzüglich im Innern der Mali-Staaten, bemerkbar machen¹. Friedensbringer und dennoch Begründer eines franko-afrikanischen Zusammenschlusses, könnte er sich nun dem Unternehmen seiner Träume widmen: einer französischen Politik der Größe und aus ihr eine triumphierende Wirklichkeit machen. Diese Politik, Ideal seines reifen Alters und einziger Beweggrund seines Handelns, hatte er während der zwölf Jahre freiwilliger Zurückgezogenheit in Colombey-les-Deux-Eglises die Muße, mit allen ihren komplexen Gegebenheiten zu studieren. Er zweifelte nicht daran, sie der Welt aufzwingen zu können, denn seine Person und seine Zukunftsvision überstiegen — davon war seine Umgebung immer überzeugt — diejenige der mittelmäßigen Partner, welche das Schicksal ihm bis jetzt zugesellt hatte...

Die Erklärung vom 16. September und die Armee

Dies ist, soweit man urteilen kann, die Beurteilung der Lage im engsten Kreise de Gaulles. Man muß zugeben, daß seine Sonnenkönig-Moral in seiner Gleichsetzung mit dem französischen Staat die gewünschte feste Unterlage gefunden hat. Seine öffentlichen Ansprachen verfehlten nicht, daran zu erin-

¹ Vgl. Schweizer Monatshefte, September 1959, «Neue politische Gruppierungen in Afrika».

nern, daß dank ihm für Frankreich heilbringende Einrichtungen aufgestellt worden sind. Heute, nach einem Jahr V. Republik, erscheint die Bilanz positiv und, hinsichtlich Finanz- und Geldwirtschaft, eigentlich die Hoffnungen übersteigend. Berücksichtigt man auch das recht lebendige Gefühl von Demütigung, welches der Prestigeverlust des tatenlos gewordenen Parlamentes einer gewissen Anzahl aufrechter Demokraten empfindet, beglückwünscht sich doch die öffentliche Meinung zur Regierungsfestigkeit, die dem früheren Regime so vollständig abging². Dennoch muß man feststellen, daß ein Großteil der politischen Tätigkeit des Landes sich außerhalb der gesetzgebenden Kammern abspielt und die Sitzungen im Palais Bourbon jenen «Peripetien der Geschichte» ähneln, von denen de Gaulle gesprochen hat und die seiner Ansicht nach vernachlässigt werden können. Der Ton der Macht hat sich geändert. Der Akzent liegt fortan fast ausschließlich — einige sagen: in übertriebenem Maße — auf dem Staatschef. Und mehr als ein Abgeordneter, selbst der Gaullisten, beklagt die Beschneidung der parlamentarischen Vorrechte und fragt sich nicht zu Unrecht, ob die Macht eines Einzelnen für Frankreichs Zukunft nicht eine bedrohliche Gefahr berge.

Man glaubt es ohne weiteres, daß der Staatschef den Algeriern das Recht zur Selbstbestimmung ohne Illusionen gegeben hat, den Rubikon überschreitend und einen Weg ohne Umkehr begehend; er verkannte dabei gewiß nicht, wieviel Unverständnis und Groll unter einigen seiner Anhänger im zivilen und im militärischen Lager diese Kehrtwendung der französischen Politik in Algerien auslösen werde. Die dortigen Bewohner französischen Ursprungs sind nicht

² De Gaulle hebt im letzten Band seiner Kriegserinnerungen die Tatsache hervor, daß von 1875 bis 1940 Frankreich hundert-zwei Regierungen gehabt habe, England zwanzig und die USA vierzehn. («Mémoires de Guerre», Le Salut, p. 264, Paris 1959.)

allein beunruhigt, auch die Muselmanen sind besorgt, denn die angebotene Selbstbestimmung bedeutet für sie — wenigstens fürchten sie es mit etwelchem Recht, solange der Krieg andauert — Repressalien und Willkürjustiz des FLN. Durch die Langsamkeit einer Politik enttäuscht, deren Ende sie nicht absehen können und deren unmittelbare Opfer sie sind, spüren sie die Leere hinter den «Niemals» und «Immer», mit denen sie überschwemmt wurden («Im Namen Frankreichs verkünde ich, daß es in Algerien nur noch Franzosen zu vollen Teilen gibt», so de Gaulle auf dem Forum von Algier am 4. Juni 1958), und eine große Zahl franzosenfreundlicher Muselmanen, die in unmittelbarem Kontakt mit der Armee stehen, flüchtet sich jetzt in ein hoffnungsloses Zuwarten. Algerien ist also von einem neuen Malaise erfaßt, das die europäische Bevölkerung, die für Frankreich gewonnenen oder alljährlich zu gewinnenden Muselmanen und die Armee in gleicher Weise berührt. Die europäische Bevölkerung, weil sie in Wahrheit nie aufgehört hat, die Aufgabe des Landes zu befürchten, die muselmanische, weil alles, was als ein Zeichen von Willensschwächung des Mutterlandes gedeutet werden kann, sie in Zweifel oder noch schlimmer in die Arme des FLN treibt, dessen Komplize sie damit durch die Macht der Umstände wird. Die Armee schließlich, weil ihre Befehlshaber, die das Leben der Soldaten aufs Spiel setzen, nicht zugeben können, daß am Ende dieser Opfer ihr eigentlicher Sinn in Frage gestellt wird.

Es ist eine Tatsache, daß die Armee, unter der Einwirkung der verschiedenen Aufgaben, die ihr seit zwanzig Jahren anvertraut wurden, die politischen und sozialen Wirklichkeiten erfaßt hat, die ihr zuvor unbekannt waren. Die Beziehung der Armee zur Nation ist in unsren Tagen in Frankreich nur deshalb problematisch geworden, weil sie, die lange Zeit still und stumm gelegen hatte, sich mehr oder weniger am Rande der Bemühungen der Nation befand. Der 13. Mai gab dem Befriedungswerk der Armee nur einen neuen Anstoß, denn ihr kommt das

Verdienst zu, sich das Vertrauen der großen Masse der Araber erworben und vor allem es bewahrt zu haben.

Aber die Armee ist sich bewußt, noch eine andere Aufgabe bei der Verteidigung der algerischen Bastion zu erfüllen, nämlich den südlichen Flankenschutz der NATO zu bilden, indem sie ihr die unentbehrliche Tiefe zur Verteidigung und zur Freiheit des Mittelmeers gewährt. Unter diesem Gesichtspunkt ist es offensichtlich, daß der Sieg des FLN, der sehr wahrscheinlich die Einsetzung des Kommunismus im Meghreb mit sich bringen und den Verbindungsbruch zwischen Nordafrika und Frankreich bedeuten würde, ferner die Auflösung der Communauté und ein Zurückweichen der westlichen Welt. Wenn es manchmal vorkommt, daß einige Führer der Armee de Gaulle im Namen de Gaulles bekämpfen, so ist dies nur möglich, weil sie, von der Regierung schlecht unterrichtet, glauben konnten, man bestreite ihnen das Recht, ihr Werk zu vollenden. Da der General seine Anweisungen an die Staatsbeamten wie auch an die Armee in Algerien erneuert hat, zweifelt niemand mehr, daß ihr Ziel darin besteht, die Befriedung «menschlich und vollständig» durchzuführen, um die Worte des Staatschefs zu gebrauchen.

Die Prüfung des Gaullismus

Die Politik der Größe, dieser pathetische Wunsch, den de Gaulle so oft geäußert, Frankreichs Rang unter den Völkern zu erhöhen, muß heute einer bescheideneren und vorab realistischeren Betrachtung Platz machen. Dazu muß man auch die Einladung an Chruschtschew zählen, eine an sich völlig berechtigte und von allen Parteien akzeptierte Einladung. Dennoch drückt man in den Kreisen der Gemäßigten und beachtenswerte auch der Sozialisten der Richtung Guy Mollet und Arthur Conte den Wunsch aus, daß die vorgesehene Reise sich nicht in eine zusätzliche kommunistische Propaganda in Frankreich verwandle. Denn in diesen

Kreisen verliert man die Tatsache nicht aus den Augen, daß das Hauptziel der russischen Diplomatie vor allem auf die Schwächung und Uneinigkeit des freien Westens ausgeht, infolgedessen auf die Ausbeutung der geringsten Meinungsverschiedenheit, die zwischen den Westmächten zutage treten könnte. Dank der Entspannung gelang es der UdSSR, reingewaschen und von allen Seiten angegangen, sich als eine Macht wie die andern ansehen zu lassen. Und Chruschtschew, von dessen Besuch de Gaulle viel zu erwarten scheint, geht nächstes Frühjahr an die Gipfelkonferenz mit der Aussicht, alles zu gewinnen und nichts zu verlieren.

Seine Erklärungen bei der neulichen Sitzung des Obersten Sowjets, denen die Presse Westeuropas besonderes Gewicht beilegte, haben das Mißtrauen, das viele dem Herrn des Kremls entgegenbringen, keineswegs zerstreut. Man weigert sich, zu glauben, Chruschtschew habe in dieser berühmten Rede de Gaulles Plan für Algerien das «grüne Licht» aufgesteckt. Dessen Erklärung vom 16. September, die im Augenblick günstig aufgenommen wurde, scheidet heute die Geister und ruft die heftigsten Kritiken herauf. An ihrem Kongreß in Bordeaux vom 15. November zeigte die UNR, die vom gaullistischen Feuer beseelte Partei, die tiefe Uneinigkeit, mit welcher sich zwei unversöhnliche Anschauungen des Gaullismus gegenüberstehen: die eine, die zum Gespräch mit dem FLN neigt, eine andere, die unnachgiebig — um Jacques Soustelle geschart — an der «Algérie française» festhält. Neun Abgeordnete der UNR sind bereits aus der Partei ausgetreten; die letztere weigert sich augenblicklich, sie wieder aufzunehmen. Noch kennzeichnender erscheint die Haltung der vierzig algerischen Deputierten, Araber und Integrationsfreude, die sich geweigert haben, während der Algeriendebatte ihre Plätze im Parlament einzunehmen und an der Schlußabstimmung teilzunehmen.

Trotz der großen, von Michel Debré bei diesem Anlaß erlangten Mehrheit herrscht weiterhin Besorgnis, worauf in der Kammer

hingewiesen wurde. Der ehemalige Ministerpräsident Georges Bidault, der in der heroischen Zeit der Résistance ein unerschütterlicher Anhänger de Gaulles war, beschwört das Parlament, sich nicht mit Worten abspeisen zu lassen und entzieht der Regierung Debré sein Vertrauen, das heißt jedoch de Gaulle selbst. Andere wiederum, Gefährten des Staatschefs in London und über mächtige Presseorgane verfügend, flehen ihn an, sich nicht mit einem Regime zu identifizieren, das in ihren Augen zu peinlich an dasjenige Napoleons III. erinnert. Will man ihnen glauben, wäre de Gaulles Aufgabe, unverzüglich eine politische Linkswendung zu den Oppositionsparteien vorzunehmen, bei denen mehr als ein Führer, zum Beispiel Mendès-France in erster Linie, ihm treu geblieben ist, hierauf die heutigen Einrichtungen zu revidieren und bereits an die Vorbereitung der VI. Republik zu denken.

Die Ansichten, auf die Spitze getrieben und den breiten Kreisen noch verborgen, sind diejenigen eines nicht zu vernachlässigenden und recht wühlenden Teils der Öffentlichkeit, welche das militärische Pronunciamento vom 13. Mai bestürzt hatte. Man hätte Frankreich eine politische Heilung von seinen inneren Zwistigkeiten, seiner angeborenen Unbeständigkeit gewünscht. Nachdem es vor einem Jahr wunderbarerweise sein Gleichgewicht wiedergefunden hatte, verurteilt das Land die Gruppen der äußersten Rechten und Linken, die im Begriffe sind, sich wieder zu bilden. Da tritt ein unglaubliches Ereignis ein, die Vorspiegelung eines Attentats, eine Beleidigung von Behörden und Gesetz, in die ein ehemaliger Justiz- und Innenminister verwickelt ist, Komplize dieser erniedrigenden Nasführung. Dieser Skandal, der vielfältige und zweideutige Verästelungen hat, facht um François Mitterand, der im Mittelpunkt steht und dank kommunistischer Stimmen zum Senator gewählt wurde, die leidenschaftlichen Polemiken für oder gegen die «Algérie française» wieder an.

Der Mann der Straße, der vom neuen Regime eine Änderung der politischen Sitte

erhoffte, betrachtet diesen Schaum mit Neugier, in welche sich Ablehnung mischt, und fährt fort, General de Gaulle zu vertrauen. Mag sein Kredit im Innern auch etwas abgeschwächter sein als vor einem Jahr, seine Gestalt bleibt die eines allmächtigen Monarchen. «Die Erklärung des Präsidenten der französischen Republik vom 16. September entsprach voll und ganz unseren Hoffnungen», sagte Eisenhower auf einer Pressekonferenz. Bonn, Rom, Brüssel, Madrid und Bern drückten durch ihre Staatsmänner eine gleiche Meinung aus. Das sind wichtige Trümpfe. In der Zwischenzeit setzt die Armee in Algerien ihre Befriedungsoperation

fort, die nicht nur militärischer, sondern auch sozialer, politischer und erzieherischer Natur ist. Trotz den Angriffen einer heimtückischen Presse ist die wirtschaftliche Symbiose zwischen Frankreich und Algerien im Begriff, sich zu verwirklichen. Das Spiel ist somit nicht verloren. Damit es gewonnen werde, erkennen die Franzosen des Mutterlandes und Algeriens die Notwendigkeit, ihre Bindung zu bewahren, nicht auf die Listen wahrer oder falscher Komplotten hereinzufallen und den Willen der Nation unversehrt zu halten. Auf ihrer Seite ist die größere Zahl.

Jean de Saint-Chamant

Frankreich knüpft seine Beziehungen zu Abessinien enger

In einer Epoche, in der sich der gesamte afrikanische Kontinent in Gärung befindet, die Ereignisse in Afrika sich zu überstürzen beginnen und, gleichzeitig mit dem Emanzipationswillen der Afrikaner, sich mehr als je die Bereitschaft abzeichnet, zu einem afrikanischen Zusammenschluß zu gelangen — wie könnte sich da Frankreich sowohl als afrikanische als auch als westliche Macht, Glied eines franko-afrikanischen Ganzen, an Ereignissen und einer Region desinteressieren, von denen das Schicksal Afrikas und damit auch der ganzen westlichen Welt abhängig sein könnte?¹

Frankreich bleibt in Djibouti

Der Besuch Kaiser Haile Selassies im letzten Sommer in Paris darf deshalb keinesfalls nur unter dem Gesichtswinkel der Pflege

guter Nachbarschaft betrachtet werden. Sein Besuch in Paris hatte vor allem ein politisches Ziel. Trotzdem dieser Besuch heute etwas weit zurückzuliegen scheint, darf die Bedeutung der beiderseitigen Gespräche nicht unterschätzt werden, dies um so weniger, als die Ereignisse, die diese Gespräche rechtfertigten — vor allem die Erringung der Unabhängigkeit durch Italienisch-Somaliland —, zu Beginn des Jahres 1960 eintreten werden.

Wenige Wochen vor dem Besuch des kaiserlichen Gastes hatte General de Gaulle in Dschibuti, auf dem Wege nach Madagaskar, mit Nachdruck erklärt, Frankreich beabsichtige, an der französischen Somaliküste zu bleiben, «nicht nur weil die dortige Bevölkerung es wünsche, sondern weil seine Anwesenheit dort für die Verteidigung des Kontinents unerlässlich sei». «Ich erkläre dies im Namen aller», fügte der General bei — eine Präzisierung, die nicht überflüssig war, weil die Anwesenheit Frankreichs am Eingang zum Roten Meer nicht nur von Kairo in Frage gezogen worden ist, dessen Propaganda sich bei der Bevölkerung von Französisch-Somaliland als völlig unwirksam

¹ Es wird auf die ausgezeichnete kleine Abhandlung hingewiesen, die Philippe Decraene kürzlich dem «Panafrikanismus» gewidmet hat: «Panafricanisme», Collection «Que sais-je?», Presses universitaires de France.

erwiesen hat; sie wurde unausgesprochen oder auch ausgesprochen von offiziellen englischen Vertretern oder Personen in Frage gezogen, die es sich angelegen sein lassen, die Idee eines Staates Groß-Somaliland zu fördern, ein Projekt, das ganz offensichtlich von britischer Seite inspiriert ist.

Dschibuti ist vor allem ein Platz von strategischer Bedeutung und der Haupthafen für Abessinien; zusammen mit Assab in Erythräa sichert er ihm den Zugang zum Roten Meer. Würde auf dem französischen Hafen eine Drohung lasten, so wäre dies in erster Linie für Abessinien beunruhigend. Haile Selassie sieht deshalb richtigerweise in Frankreich einen natürlichen Alliierten, weil es, wie sein eigenes Land, vom Projekt Groß-Somaliland bedroht wird und es keinem Ereignis gegenüber gleichgültig bleiben kann, das geeignet wäre, das Gleichgewicht in Ostafrika zu stören, dessen Schlußstein Abessinien bildet.

Die aethiopische Bastion

Ein Blick auf die Karte dieses Raumes genügt, um sofort die ganze strategische Bedeutung Abessiniens zu erkennen. Durch Erythräa, dem 880 Kilometer langen, tiefliegenden und glühend heißen Küstenstrich, vom Roten Meer getrennt, im Westen an den Sudan, im Süden an Kenia, im Südosten und Osten an Italienisch- und Britisch-Somaliland grenzend, bildet Abessinien die Drehscheibe im schwarzen Afrika und der arabischen Welt; es beherrscht das Niltal und kontrolliert den Zugang zum Belgischen Kongo und Zentral- und Ostafrika.

Es beherrscht das Niltal um so mehr, als 85% des Wassers, das Ägypten vor dem Schicksal bewahrt, eine unbewohnbare Wüste zu werden, vom Blauen Nil, dem Atbara und Sobat aus dem abessinischen Wasserschloß stammt. Aus diesem Grunde hängen alle Pläne Kairos für die Bewirtschaftung des Niltals in ihrer Durchführung weitgehend vom guten Willen der abessinischen Regierung ab. Es ist sinnlos, mit dem Sudan ein

Abkommen über die Verteilung des Nilwassers zu treffen, feierlich den Grundstein für den Staudamm von Assuan zu setzen und sogar den Damm zu bauen, wenn die abessinische Regierung ihrerseits beschließt, den Hochdamm am Tana-See zu erstellen und nach dessen Bau einen größeren Teil des Wassers zurückzubehalten und nutzbar zu machen, dessen Quellen sich in ihrem Land befinden. Außer als Reservoir für ein gewisses Wasserquantum würde der Damm von Assuan jede Bedeutung verlieren.

Die strategische und politische Bedeutung Abessiniens ist daher beträchtlich. Es überrascht infolgedessen nicht, daß aus diesem Grunde das Land Gegenstand des Machtkampfes der Interessen geworden ist, an dem hauptsächlich Ägypten, Großbritannien, die Sowjetunion, die USA und Frankreich beteiligt sind.

Moskau will die Saat Kairos ernten

Die Ägypter möchten ihren Einfluß in Addis Abeba geltend machen, um ihr altes Anliegen der Vereinigung des ganzen Niltals verwirklichen zu können, dies aus wirtschaftlichen und strategischen Gründen, im Zusammenhang mit der Frage der Verwertung der Wasserkräfte; auch aus Gründen der Politik auf längere Sicht und von kontinentaler Reichweite, um schließlich im Rahmen des islamischen oder teilweise islamisierten Afrikas den ägyptischen Einfluß nach den Grundsätzen zu entfalten, die Nasser in seinem Buch «Die Philosophie der Revolution» dargelegt hat.

Bei der Sowjetunion handelt es sich vor allem darum, sich die anerkannte Stellung zu sichern, die für die Beherrschung Afrikas erforderlich ist. Um sich in Abessinien festzusetzen, kann sie nicht wie in anderen Gebieten des Kontinents politische Emanzipationsbewegungen für ihre eigenen Zwecke ausnützen, die ursprünglich in der Regel nicht prokommunistisch sind, denn Abessinien hat seine Unabhängigkeit wieder erlangt, und es ist ihm bis jetzt, dank einer Po-

litik des Gleichgewichts unter den Mächten, die sich zur Hilfe seiner wirtschaftlichen Entwicklung anboten, gelungen, jedem ausländischen Einfluß zu entgehen, der seine Handlungsfreiheit beschneiden könnte. Mehrheitlich koptisch-christlich, bildet Abessinien mit den Worten Meneliks «eine christliche Insel in einem mohammedanischen Meer». Wenn die UdSSR heute soziale Konflikte kaum zu ihrem Nutzen wenden kann, weil sie praktisch nicht vorhanden sind, kann sie ihren Einfluß doch auf zwei Wegen geltend machen: vorerst auf dem Umweg über die kulturelle und wirtschaftliche Durchdringung. Dies ist der Sinn der letzten Anleihe in der Höhe von 40 Milliarden französischer Fr., die die Sowjetunion Abessinien gewährt hat. Dann aber kann sie die ägyptischen Subversionsversuche ausnützen, die seit über drei Jahren durch Propaganda und Agenten der Regierung von Kairo in den Provinzen des Reichs mit vorwiegend mohammedanischer Bevölkerung und in den Nachbargebieten fortgesetzt werden.

Eine dritte Gefahr: Groß-Somali

Es ist nur natürlich, daß die USA, als Gegner der UdSSR in diesem Kampf um den Preis Afrika, ebenfalls versuchen, ihren Einfluß in Addis Abeba geltend zu machen; die technische und finanzielle Unterstützung, die sie dem Reich gewährt haben — allerdings in dessen Augen in unzureichendem Maße —, die verschiedenen Besuche, die in letzter Zeit von zahlreichen führenden amerikanischen Persönlichkeiten in Abessinien abgestattet worden sind, sind dafür die auffallendsten Beweise. Es ist auch nicht zu bezweifeln, daß der Kaiser, obwohl er ein mehr oder weniger stabiles Gleichgewicht zwischen dem wirtschaftlichen Einfluß der Sowjetunion und demjenigen der USA zu erhalten sucht, den letzteren und dem Westen größere Sympathie entgegenbringt als dem Osten: dies hat die Entsendung eines abessinischen Bataillons nach Korea bewiesen.

So ist es um so bedauerlicher, daß, zur

Befestigung ihres Einflusses in Ostafrika, eine westliche Macht die Abessinien drohende Gefahr — die Gefahr der Subversion unter dem Einfluß Kairos, die Gefahr der Auswertung dieser Subversion und Infiltration durch kommunistische Agenten — noch verstärkt. Mit dem Plan und dem Versuch, einen Staat Groß-Somaliland zu schaffen, hat Großbritannien ein Unheil heraufbeschworen, das für Abessinien um soviel ernster ist, als es den Plänen Ägyptens entspricht.

Bekanntlich sieht das Projekt vor, nicht nur Italienisch-Somaliland, das 1960 seine Unabhängigkeit erlangt und von dem die «Groß-Somaliland»-Bewegung ausgegangen ist, nicht nur Britisch-Somaliland und auch die französische Somaliküste (deren heterogene Bevölkerung selbst klar zu verstehen gegeben hat, daß sie im französischen Verband zu verbleiben wünscht), sondern auch bedeutende Gebiete Abessiniens — in Erythräa, Ogaden und Haud — und sogar von Kenia in den neuen Staat einzugliedern. Sollte das Projekt verwirklicht werden, würde Abessinien den Zugang zum Meer verlieren und von einem mohammedanischen Staat umgeben werden, dessen Bevölkerung — nun der kombinierten Propaganda Ägyptens und der kommunistischen Agenten ausgesetzt — wahrscheinlich bald unter ein Regierungssystem gelangen würde, das Abessinien und dem Westen gegenüber feindlich gesinnt wäre. Sollte der Sudan nach einer keinesfalls auszuschließenden Hypothese eines Tages unter dem Einfluß des Panarabismus oder des Panislamismus geraten, wäre Abessinien dann gänzlich eingekreist und, wie wir noch sehen werden, zudem von der Zerstückelung bedroht.

Islamisieren wir und Afrika ist unser

Es kann in diesem Zusammenhang nicht deutlich genug darauf hingewiesen werden, daß der Islam heute in riesigen Gebieten Afrikas das ausschlaggebende Element des antieuropäischen, antiwestlichen Nationalismus bildet, weil er nicht nur eine Religion,

sondern auch — und dies immer eindeutiger — eine Welt- und Gesellschaftsanschauung darstellt. Indem der Islam in den Geist der Emanzipationsbewegungen in Afrika ein Gefühl des antieuropäischen Fanatismus eindringen läßt, spielt er bei der Masse die Rolle eines Trojanischen Pferdes für den Kommunismus. Da er noch nicht überall in Afrika in der Lage ist, mit offenem Visier zu kämpfen, muß er sich vorerst darauf beschränken, die Unabhängigkeitsbewegungen für seine Zwecke auszunützen, indem er sich infiltriert und sie im antiwestlichen Sinne einsetzt. Nur schon der Vergleich zwischen den mohammedanischen und den christlichen Schwarzen ist in dieser Beziehung bezeichnend: wo das Christentum verbreitet ist, ist die Unabhängigkeitsbewegung im Prinzip nicht antiwestlich; oft trifft sogar das Gegenteil zu. Es hat deshalb seinen guten Grund, wenn die den militärischen afrikanischen Kommunisten erteilte Weisung nach dem 1955 in Addis Abeba abgehaltenen Kommunistenkongreß lautete: «Laßt uns islamisieren, islamisieren — und Afrika ist unser!»

Die Bezeichnung «christliche Insel in einem mohammedanischen Meer» des letzten Jahrhunderts bleibt also für Abessinien auch heute noch aktuell. Außen von der Einkreisung bedroht, ist Abessinien auch der Gefahr der Aufteilung ausgesetzt, in gleicher Weise durch die Verfechter des Projektes Groß-Somaliland und durch die Agitation, die versucht, bei den mohammedanischen Abessiniern eine Propaganda zu entfalten. Seit der Eingliederung von Erythräa im Jahre 1950 umfassen diese 30% der Gesamtbevölkerung (etwa 15 Millionen); dieser Anteil ist in regelmäßigm Wachstum begriffen, weil die Heiden des Südens und Südwestens des Reiches, an der Grenze des südlichen Sudans, von Uganda und Kenia rascher und in größerer Zahl zum Islam konvertieren als zum koptischen Christentum. Dies ist eine der bedauerlichen Folgen der italienischen Besetzung und des Krieges, als die christlichen Missionen in Abessinien einen Teil

ihrer Bewegungsfreiheit verloren. In Addis Abeba befaßt man sich heute sehr stark mit diesem Problem.

Heute Entente — morgen Assoziation

In einer Situation, die innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit sehr ernst werden könnte, hat sich Abessinien ganz natürlich zu Frankreich hingewendet, das sein Nachbar ist und mit dem es eine alte traditionelle, Freundschaft und zahlreiche gemeinsame Interessen verbinden.

Beim Abschluß der Pariser Gespräche wurde beschlossen, die wirtschaftlichen Bande zwischen den beiden Ländern² zu verstärken und vor allem gegenüber dem Projekt Groß-Somaliland eine gemeinsame Stellung zu beziehen. Einzelne Kommentatoren glaubten sogar an die Möglichkeit einer noch engeren Verbindung zwischen Frankreich und Äthiopien, ähnlich der Verbindung mit Israel oder derjenigen zwischen Frankreich und Laos. Nichts weist darauf hin, daß diese Hypothese heute schon von den Regierungen ernsthaft ins Auge gefaßt würde.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß Möglichkeiten bestehen — wenn sie sich auch noch unklar abzeichnen, werden sie von gewisser afrikanischer Seite doch erkannt —, der franko-afrikanischen Gemeinschaft, die sich auf dem raschen Weg zu einer Organisation befindet, die eine Erweiterung erlaubt, auch

² Es handelt sich vor allem darum, der Compagnie du Chemin de fer Franco-Ethiopien de Djibouti à Addis-Abéba den Bau einer neuen Linie nach dem abessinischen Hinterland zu übertragen, die den Namen «Chemin de fer du Sidamo» tragen soll. Ihre Inbetriebnahme würde den Umschlag im Hafen von Dschibuti wesentlich vergrößern. — In dem am 12. 11. 1959 abgeschlossenen Vertrag tritt Frankreich die Hälfte des Kapitals der Eisenbahngesellschaft an Äthiopien ab. Dieses erneuert die Bestätigung der freien Benützung des Hafens von Dschibuti.

Gebiete und Staaten anzugliedern, die nie zum alten Französisch-Afrika gehört haben. In der bereits erwähnten Abhandlung «Der Panafricanismus» des Spezialisten für Afrikafragen der Zeitung «Le Monde» ist die Tatsache gut ins Licht gestellt, daß die Tendenz auf eine Vereinigung Afrikas in einem für die franco-afrikanische Gemeinschaft sehr günstigen Sinne wirken könnte. Diese Möglichkeit wird in Europa noch nicht klar genug erkannt. Als ich kürzlich in Deutschland einige Vorträge über «Afrika und die Gemeinschaft» hielt, bezweifelten manche deutsche Journalisten meine Erklärung, daß gewisse Territorien von Britisch-Afrika von dieser oder jener Republik der Gemeinschaft angezogen werden; in wenigen Wochen haben die Bevölkerungen von Gambia, Britisch-Kamerun und gewisser Distrikte von Nordnigeria (in der Haußa-Gegend) ihrem Wunsche Ausdruck verliehen, sich der Republik Senegal, der Republik Kamerun (die gegenwärtig nicht Mitglied der Gemeinschaft ist, aber mit Frankreich enge Beziehungen unterhält und bald ihre Unabhängigkeit erhalten wird) bzw. mit der Republik Niger zu vereinigen. Noch wichtiger ist der Umstand, daß eine gewisse Anzahl führender nationalistischer Persönlichkeiten des Belgischen Kongos, in Anlehnung an die Pläne für die Vereinigten Staaten von Lateinafrika des ehemaligen Präsidenten der Zentralafrikanischen Republik, bereits den Zusammenschluß des Belgischen Kongos mit der Gemeinschaft ins Auge gefaßt haben. Dies ist keineswegs erstaunlich, wenn man die geographische Situation, die gemeinsame Sprache, rechtliche und ethnische Verhältnisse sowie auch

die gemeinsame Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft berücksichtigt, die die Republiken des alten Französisch-Äquatorialafrika und des Belgischen Kongos vereinigen.

Es fällt auf, daß von zahlreichen afrikanischen Politikern der französischen Richtung die Gemeinschaft mit der Kraft ihrer wirklichen territorialen Homogenität, ihres geistigen Zusammenhalts, der in der Mehrzahl der interafrikanischen Konferenzen zum Ausdruck kommt, und der Festigung durch die Wirtschaftshilfe und den technischen Beistand Frankreichs sowie die Aussichten auf die Ausbeutung der Sahara — unter der Führung der Zentralorganisation für die Sahara-gebiete (O. C. R. S.) — in steigendem Maße und trotz der auseinandergehenden Ansichten über die endgültig zu wählende Struktur als das Mittel zur Durchführung der Einiung eines Großteils von Afrika und dessen Beziehungen zu Europa betrachtet wird. Houphouet-Boigny erklärte dies ausdrücklich in New York am Rednerpult der Vereinten Nationen.

In diesem Sinne ist die engere Gestaltung der Beziehungen zwischen Abessinien und Frankreich, das fest entschlossen ist, die Unverletztheit der alten christlichen Herrschaft in Ostafrika zu bewahren, ein integrierender Bestandteil der Politik auf lange Sicht, die es sich zum Ziel gesetzt hat, Afrika vor der Subversion und vor dem Kommunismus zu beschützen und durch die Verbindung von Westeuropa mit einem großen Teil Afrikas ein gewaltiges eurafrikanisches Ganzes zu schmieden.

Hervé Lavenir

Chruschtschews Geheimpolizei

Die stets interessanten, in Bonn erscheinenden Monatshefte für Fragen der Zeit *Die politische Meinung* veröffentlichten in ihrer Oktoberausgabe unter dem Titel *Renaissance der*

Tscheka einen höchst aufschlußreichen Bericht über Chruschtschews Geheimpolizei, dem wir folgende Angaben entnehmen: Die rapide Zunahme der Zahl jener Wunschden-

ker, die in der Sowjet-Politik liberale Züge oder gar Wandlungen gegenüber der Stalin-Ära erblicken wollen, steht in reziprokem Verhältnis zu den sich mehrenden Zeichen des Neo-Stalinismus in der Sowjetunion, wie er von Chruschtschew immer offener betrieben wird. Die Tatsache allein, daß die Geheimpolizei unter der Bezeichnung KGB (= Komitee für Staatssicherheit) in Rußland fortbesteht, schließt jede echte Liberalisierung aus. Seit seiner Gründung 1917 unter der Bezeichnung Tscheka steht dieser Staatssicherheitsdienst außerhalb der formellen Gesetze und war einzig der Partei und ihrem jeweiligen Führer verpflichtet. Die heutigen Herren im Kreml haben wiederholt den vorbildlichen Geist der Tscheka und deren ruhmreiche Traditionen beschworen und bekennen sich damit zum Prinzip des Terrors überhaupt. Bei den augenblicklichen Bemühungen des Regimes, die Tscheka-Zeit in hellstem Glanz erstrahlen zu lassen, steht doch der Primat der Partei — mithin Chruschtschews als ihrer Verkörperung — außer Diskussion. Die Funktion der KGB wird mit kaum einem Wort als die eines staatlichen Instrumentes erwähnt. Stets und ausschließlich geht es um die Beziehung Partei-Tscheka. Nach Berijas gescheitertem Versuch, die Alleinherrschaft zu erringen, erfuhr die KGB eine durchgreifende Säuberung mit dem Ziele, den Primat der Partei wiederherzustellen, was gleichbedeutend ist mit dem immer stärkeren Einfluß Chruschtschews. Alle Überprüfungen, Ab- und Neubesetzungen im Sicherheitsdienst fielen in die Kompetenz der Kaderabteilung im Sekretariat des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands. Da diese Kaderabteilung direkt dem ersten Sekretär des Zentralkomitees untersteht, wird klar, welchen Einfluß auf den Geheimdienst sich Chrusch-

tschew sicherte. Nach Schukows Sturz 1957 wurde die Machtstellung der KGB schlagartig und radikal erhöht durch die Unterstellung der Grenztruppen und Spezialeinheiten, deren Eliteformationen von mindestens 700 000 Mann mit Panzern, schwersten Geschützen und Flugzeugen ein außergewöhnliches Machtpotential darstellen und die den gesamten Verkehrsapparat der Sowjetunion kontrollieren. Die Ende 1958 erfolgte Berufung des heute 41jährigen Schelepin an die Spitze des Sicherheitskomitees bewies, wie sehr der Staatssicherheitsdienst bereits zum persönlichen Instrument des Parteichefs geworden war. Ansehen, Macht und Einfluß der Geheimpolizei sind heute kaum geringer als zur Stalin-Zeit und sind damit Ausdruck einer Konsolidierung der Machtverhältnisse im Kreml im Sinne eines Aufstiegs Chruschtschews zum Alleinherrschер. Wie weiland Stalin hat Chruschtschew den Staatssicherheitsdienst für seine Zwecke stabilisiert und dessen Führer auf die Person des Parteichefs eingeschworen. Daß der Terror in der Sowjetunion gemildert ist, daß die nachstalinische Führung gemäßigte Formen des Herrschens bevorzugt, kann die latente Drohung, die mit der bloßen Existenz der wieder erstarkten Geheimpolizei gegeben ist, nicht fortwischen. «In Perioden der Ruhe genügt die bloße Existenz der Geheimpolizei, um Furcht zu erzeugen und so den gewünschten Zwecken zu dienen. Wenn die Notwendigkeit entstehen sollte, ist das KGB sofort actionsfähig.» Solange Chruschtschew erklärt, das proletarische Schwert müsse allezeit scharf sein und die Errungenschaften der Revolution schützen, besteht wahrlich keine Berechtigung, von einer «Liberalisierung» der sowjetischen Politik, von einem prinzipiellen Wandel gegenüber der Stalin-Ära zu sprechen.

Lepra

Bericht von Raoul Follereau

Der VI. Welttag der Leprakranken war überall ein großer, wunderbarer Erfolg. Er hat einfache und erschütternde Gesten der Nächstenliebe wachgerufen. Man sah Kranke — Leprakranke von einst —, jene, die man floh, verjagte, verwünschte, deren Hände man um alles in der Welt nicht geschüttelt hätte. Man sah Leprakranke von einst ins Kino gehen, ins Stadion der Stadt. Man sah sie tanzen. Zusammen, mit den andern zusammen. Junge Mädchen und junge Leute, die sich bei den Händen faßten. Am Abend beim Verabschieden gaben sich alle, so ganz natürlich — vielleicht ohne daran zu denken, die Hand. Denn jetzt gibt man Leprakranken die Hand. Ohne sich deswegen für einen Heiligen Louis oder für Pater Damien zu halten...

Menschen wie alle anderen. Das stimmt. In vielen Ländern und vielen Herzen. Doch noch nicht überall. Die Freude über den Sieg darf uns nicht blenden. Der Kampf ist nicht vollkommen gewonnen. Die Mauern sind nicht alle gefallen. Die Liebe hat nicht überall gesiegt.

Noch gibt es in der Welt Konzentrationslager, Gefängnisse, Massengräber für Leprakranke, noch gibt es Leprakranke in Friedhöfen eingeschlossen oder mit Verrückten zusammen. Es gibt weniger, ohne Zweifel weniger und weniger, das stimmt. Doch es bleiben noch welche. Deshalb höre ich nicht auf, mich an Ort und Stelle zu begeben, um sie aufzufinden. Und wenn ich sie auffinde, rufe ich meinen Grimm den Verantwortlichen zu, nötige ich sie, sich zu schämen... und zu handeln. Sofort.

Aus meinen Notizen meiner kürzlichen Reise nach Asien und Afrika entnehme ich für Sie drei Geschichten. Drei wahre Geschichten, leider. Ich habe sie soeben erlebt. Das ist alles. Gräßlich genug...

Der Käfig

In einer kleinen Stadt wurde ein bekannter und angesehener Mann krank. Der Arzt sagt: Lepra. Und da begann alles. Man sah ihn nicht mehr auf der Straße. Man sah ihn nicht mehr in seinem Haus. Seine Familie hielt ihn gefangen. Nicht mal in seinem Zimmer. In dem sein Bett umhüllenden Moskitonetze, das man ihm verbot, zu verlassen, «um nicht die Luft des Hauses zu verunreinigen». So kam es, daß man sich bequemte, unter sein Bett ein wenig Nahrung zu stecken. Man ließ ihn leben... Sein Moskitonetze wurde zu seinem Universum; er sah niemand durch das Tüllgefängnis... sein Käfig.

Eines Tages konnte er sich befreien. Er floh, um sich das Leben zu nehmen. Um sich wirklich zu befreien.

Er war ein bekannter, angesehener Mann. Sein Selbstmord rührte die öffentliche Meinung. Man beugte sich über seinen Leichnam. Man untersuchte ihn. Es war ein Irrtum; man hatte sich getäuscht. Der tote Mann war nicht, war niemals leprakrank gewesen. Doch jetzt war er tot... Tot, «leprakrank» gewesen zu sein.

Doch wer hat ihn getötet?

Das Gespenster-Leprosenhaus

15 km von einer Großstadt entfernt. Einer Großstadt, wo die Autos fluten und samstags sich auf alle Straßen ergießen.

15 km von dieser Großstadt sind 22 Leprakranke verborgen, vergraben. Wir kommen an, ohne daß man uns natürlich erwartet. Seit langem warten sie auf niemand mehr.

Ein entstelltes Gesicht, zwei tote Augen, das ist der Chef. Taumelnd führt er uns... Es ist schnell gesehen. Es gibt nichts zu se-

hen. Nur Trümmer und Elend. In der «Armenklinik» sind genau 3 Pakete Verbandszeug. Man hebt sie als Kuriosität auf, denn die Wunden der Leprakranken sind offen und blutend. Wir fragen den Blinden: «Die Verpflegung?»

«Wir erhalten (von wem?) alle 3 Monate 100 kg Reis.» —

Das macht, wenn ich rechnen kann, täglich 50 Gramm Reis pro Kranken... Doch kann ich noch rechnen?

Ich bemerke, daß ich ganz allein mich aufrege, wie um einen Alldruck abzustreifen.

Ich sage zum Chef: «Euer Elend ist zu Ende. Wir werden uns kümmern, daß ihr verpflegt und behandelt werdet. Sofort.» —

Er möchte sprechen. Was wird er sagen? Als er zögert, versuche ich ihm zu helfen. «Willst Du etwas? Sag es. Sag es ohne Dich zu fürchten...» Da sagt der Blinde mit einer seltsam weichen Stimme: — «Könntest Du uns eine Schaufel und eine Hacke schicken?» Und leiser, fast schamhaft: «Damit wir unsere Toten eingraben können. Du verstehst. So wie unsere Hände aussehen...»

Man möchte weinen und die Fäuste ballen.

Da schleppt sich eine amputierte, gelähmte Frau wie ein ungeheuerlich entzweigeschnittener Wurm auf dem Boden bis zu meiner Frau heran und reicht ihr ein Ei. Ein Ei, all ihren Reichtum. Sie sah uns kommen in dem schönen Auto, sie sah uns aussteigen mit unserer sauberen Kleidung, mit unseren dummi-glücklichen Gesichtern. Sie weiß nichts von uns, außer daß wir all das haben, was sie nicht hat. Sie versucht nicht, Steine auf uns zu werfen. Nein, sie ist gekommen und reicht uns die Hand. Um etwas zu geben. Denn sie ist es, die etwas gibt. Sofort. Wir müssen, bestürzt, es annehmen. Ihr die Freude machen, die erste zu sein, die etwas gibt.

Wir fahren weiter. Kaum wage ich, ihr die Hand zu geben. Und trotzdem, diese Geste ist es und nicht das, was ich versprach, die auf ihren Gesichtern das erste Lächeln hervorrufen wird... .

Langsam fahren wir los. Langsam, um uns nicht selbst den Anschein des Fliehens zu geben.

30 Franken für einen Mörder, 8 Franken für einen Leprakranken

Sie springen hoch, Sie reiben sich die Augen, Sie fragen sich, ob Sie nicht einen Alldruck haben. Nein, das ist nicht möglich. Doch es ist *wahr*.

In einer Provinz des Landes, das ich kürzlich besuchte, gibt die Verwaltung 30 Franken täglich für die Nahrung der Sträflinge des gemeinen Rechtes aus, 8 Franken täglich für die Nahrung der Leprakranken. *Man* versichert, daß *man* es nicht wußte. Denn wenn sich die Verwaltung einer solchen Ungeheuerlichkeit gegenüber sieht, verschwindet sie, wird zum *man*.

So suchen Sie doch *man* auf, packen Sie *man* am Kragen und zwingen Sie ihn auf die Knie, lassen Sie ihn Gnade schreien... .

Es kommen Reisende, die durchfahren, Vagabunde, die vagabundieren, alles ballt sich, und sobald das Flugzeug die Silhouette des «Störenden» verschlungen hat, wird *man* wieder zur «Verwaltung».

Nein, dieses Mal nicht. Dieses Mal wird man es erfahren, warum und wer dafür verantwortlich ist. Jene, die es nicht sagen werden, was auch ihr Rang sei, sind für uns Komplizen. Und als solche öffentlich angeklagt.

30 Franken für die Nahrung eines Mörders, 8 Franken für einen Leprakranken

Indes ich auf besseres warte, bitte ich die Regierung dieses Landes, «die Leprakranken auf dem Verwaltungswege den Sträflingen des gemeinen Rechtes gleichzustellen».

Denn ich kann doch schließlich den Leprakranken nicht empfehlen, ihren Nachbarn umzubringen, um das Recht auf Nahrung zu haben.

*

Drei wahre Geschichten. Drei Schatten auf unserem Wege. Drei Flecken auf unserem Glück. Es werden sicher nicht die drei

letzten sein. Anderes Elend, andere Schändlichkeiten sind aufzufinden, anzuklagen, auszumerzen.

Ohne Unterlaß, ohne auszuruhen werde ich weiterfahren, bis zum letzten Friedhof, bis zum letzten Leichenhaus, bis zum letzten Käfig.

Bis zum letzten Leprakranken.

Und jetzt gucken Sie in den Spiegel, betrachten Sie Ihr ausgeruhtes, wohlgenährtes

Gesicht, ihre saubere Kleidung. Werfen Sie einen Blick auf Ihre friedliche Wohnung, auf die Ihnen, die Sie lieben, auf Ihr so beschütztes Leben.

Und entscheiden Sie.

*

*Aus «Mission de la France», Juni 1959.
Verantwortlich für den deutschen Text: Liselotte Haertl.*

Innenpolitische Tagesfragen

Ersatzwahlen in den Bundesrat

In kaum je erlebter Zahl sind in der Dezembersession Mitglieder des Bundesrates zu ersetzen. Der an Amtsjahren älteste, Bundesrat *Philipp Etter*, ist in der Öffentlichkeit nicht selten wegen seiner langen Mitgliedschaft kritisiert worden; zu Unrecht, denn er hat sich eine erstaunliche Frische gewahrt. Kaum einer seiner Kollegen hat seine Vorlagen in den Räten so gut verteidigt wie er. In seiner Beredsamkeit verbinden sich klassische Bildung, angeborener Mutterwitz, innerschweizerische Volkstümlichkeit und voller persönlicher Einsatz, gepaart mit einer Fechtweise, die ebenso treffsicher wie nicht verletzend ist. Als ihm zur Entlastung des übergroßen Volkswirtschaftsdepartements die sozialpolitischen Belange übertragen wurden, lebte er an der neuen Aufgabe recht eigentlich auf. Bedeutende Verwirklichungen, wie Revisionen der AHV und die Schaffung des Gesetzes über die Invalidenversicherung, werden mit seinem Namen verbunden bleiben. Bundesrat *Hans Streuli* hat zustande gebracht, was seinen beiden Vorgängern mißlungen war: eine auf mehr als nur vier Jahre befristete Finanzordnung. Auch andere schwierige Werke sind ihm gelungen, so die Überführung des Getreidemonopols in eine monopolfreie Ordnung, die ja auch mehrere Anläufe brauchte. Sein hartnäckiger, für die andern nicht immer bequemer Kampf gegen die Ausgabenlust in allen Sparten war dringend

nötig. Vor allem die Räte zeigten sich zu sorglos, so daß sich zwar die Finanzordnung unter Dach befindet und die Einnahmen erheblich reichlicher fließen als geschätzt, das Gleichgewicht infolge rasch wachsender Ausgaben aber doch gefährdet ist. Bundesrat Streuli tritt weder aus Altersgründen noch solchen der Gesundheit oder Müdigkeit zurück, sondern um in ritterlicher Weise seinem Nachfolger, der bis 1964 eine neue Finanzvorlage verwirklicht haben sollte, die Zeit zur Vorbereitung zu belassen. Nicht an einen Rücktritt gedacht hat zweifellos Bundesrat *Thomas Holenstein*. Ihn zwang nun die erschütterte Gesundheit. Er sieht sich gezwungen, das Steuer mitten im Strom in eine andere Hand zu legen. Die *wirtschaftliche Integration* Europas hat ja mit der Bildung einer Kleinen Freihandelszone eine wichtige Etappe zurückgelegt, um unmittelbar eine ebenso wichtige zu beginnen: die Auseinandersetzung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Bundesrat Holenstein hat seine Aufgabe mit unübertrefflicher Gewissenhaftigkeit erfüllt. Bedeutende gesetzgeberische Werke, wie die Revision des Bundesbeschlusses über wirtschaftliche Maßnahmen gegenüber dem Ausland und die Revision des neuen Zolltarifs fallen in seine Amtszeit. Andere große Aufgaben hat er in Angriff genommen, wie ein Kartellgesetz. Ferner hat er mit Mut eine Lockerung der Mietzinskontrolle in die Wege geleitet. Der vierte

der Ausscheidenden, Bundesrat *Giuseppe Lepori*, sieht sich zu seinem Schritt ebenfalls durch Gesundheitsrücksichten gezwungen. Er, der jüngste der vier, hat offenbar am stärksten das Gefühl, vorzeitig aus einer Aufgabe herausgerissen zu sein, der er sich mit voller Kraft widmete. In der Tat war ihm eine angriffige Arbeitsweise eigen. Probleme, die sich schon lange gestellt hatten, führte er gesetzgeberischen Lösungen zu. Mehrfach hat das Parlament seine sorgfältig erwogenen verkehrspolitischen Vorlagen allerdings im Sinne größerer Ausgaben umgestaltet, wenn nicht verunstaltet.

Die Ausmarchung um den Nationalrat

So gering die zahlenmäßigen Verschiebungen in den Fraktionen waren, die die Neuwahl des Nationalrates in diesem Herbst gebracht hat, so aufschlußreich waren sie trotzdem. Der Freisinn, der unter den großen bürgerlichen Parteien am meisten Erfolg hatte, war von der Linken am stärksten angegriffen worden. Dies hat ihm genützt; denn der bürgerlich Denkende sieht im meist Angefochtenen die stärkste antikommunistische Kraft. Wenn auch der sozialistische Rückschlag mehr oder weniger im Zuge der Zeit lag, so hat sein Ausmaß doch erstaunt, hatte doch der Zufall der Linken das Argument in die Hand gespielt, die Mieter seien in Gefahr, weil die Kontrolle gelockert werden wolle. Es ist ein bedeutsames Zeichen der Zeit, daß dieses Argument nicht Eindruck machte. Offensichtlich ist auch jene Schicht, unter der die Sozialdemokratie mit ihrem Kampf um die unverminderte Mietenkontrolle Stimmen zu gewinnen hoffte, nicht mehr der Auffassung, daß man das kriegswirtschaftliche Reilkt der Blockierung der Altmieten unverändert und unabsehbar verlängern könne. Auch die These von alt Bundesrat *Weber*, die neue Finanzordnung genüge nicht, fand keine wählermäßige Honorierung, so wenig wie die neu beschlossene Initiative zur Einführung der 44-Stundenwoche. Während die Spalten der Angestelltenverbände mit den Gewerkschaften bei dieser Initiative zusam-

menarbeiten, blieb ein gleicher Schulter-schluß «unten» beim Stimmvolk aus.

Zu den ungesunden Erscheinungen bei diesen Wahlen ist die mehrfach festzustellende überbordende persönliche Propaganda zu bezeichnen. Der Proporz ist für sie ausgesprochen anfällig. Die Zahl der Wähler, die die Listen unverändert einlegen, ist so groß, daß ein relativ kleiner Stimmenvorsprung einen Kandidaten weit nach vorn tragen kann. Ebenso vermag eine organisierte Streichungsaktion einzelne Kandidaten weit nach hinten zu drängen. Im Lager der Linken konnte ein Mißerfolg des Präsidenten des Gewerkschaftsbundes, der durch ein organisiertes «Streichkonzert» bedroht war, nur knapp und nur durch eine Gegenaktion der letzten Stunde verhindert werden. Auf bürgerlicher Seite waren in mehr als einer Partei, vor allem im geschäftsfreudigen Zürich, Aktionen der Propaganda für einzelne Persönlichkeiten zu beobachten, die sowohl durch die Höhe der eingesetzten Mittel als auch durch die Methoden der Geschäftsreklame modernen Stils auffielen und nicht ohne Erfolge blieben, welche Verlegenheiten schufen und schaffen werden. Dadurch wurden verdienteste Parlamentarier gezwungen, stärker als ihnen selber zusagte, ihre Freunde auch einzuspannen. Dieser Einbruch des individuellen Geldaufwandes und der Berufspropaganda zwingt zur Besinnung und läßt die Kummulation in neuer Beleuchtung erscheinen.

Wirtschaftliche Integration

Der Vertrag über eine «Kleine Freihandelszone» oder wie sie offiziell heißt, Freihandelsassoziation, ist heute perfekt. Das Problem der Ursprungskriterien, an dem die «Große» Freihandelszone angeblich scheiterte — tatsächlich fehlte es am Willen und die technischen Schwierigkeiten waren nur ein Vorwand —, hat sich als lösbar erwiesen. So wird nun Mitte 1960 auch für die Schweiz die «Großraumwirtschaft» durch einen ersten Zollabbau um 20 Prozent gegenüber den Zonenländern beginnen. Die Importkonkurrenz wird dann schärfer werden, aber

die Ausfuhr wird verkleinerten Hindernissen begegnen. Mit jeder weiteren Stufe des Zollabbaus wird sich diese Entwicklung fortsetzen.

Ein «Großmarkt» der sieben Staaten ist aber nicht das Endziel. Wie wird es weitergehen? Werden sich in Europa zwei Blöcke gegenüberstehen, die sich gegenseitig diskriminieren, oder wird mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine Verständigung möglich? Auf der Seite der «Sieben» besteht dazu der gute Wille, bei den «Sechs» ist er in den Beneluxstaaten, in der deutschen Wirtschaft und im deutschen Wirtschaftsministerium vorhanden, nicht aber im Außenministerium und kaum schon beim Bundeskanzler, trotz seines grundsätzlichen, aber vagen Bekenntnisses zu einer Vermeidung eines wirtschaftlichen Auseinanderfallens Europas. Das offizielle Frankreich hingegen hat von der «Kleinen Freihandelszone» vorläufig überhaupt noch keine Notiz genommen. Nach einem Artikel des Wirtschaftsministers *Pinay*, der in der Presse zirkulierte, gibt es nur einen Weg: den des Anschlusses der einzelnen Staaten an die EWG. Da dieser für die bisher Außenstehenden aus politischen und wirtschaftlichen Gründen ausgeschlossen ist, bedeutet diese Äußerung eine glatte Ablehnung jedes Entgegenkommens der EWG. Diese starre Haltung zeigt erst so recht, wie unumgänglich es war, daß sich auch die von der Diskrimination Bedrohten zusammengeschlossen haben.

Nicht nur die Privatwirtschaft, auch der Staat wird sich mit den Folgen der Integration auseinanderzusetzen haben. Der Zollabbau wird die Bundeseinnahmen verringern, zuerst wenig, später mehr. Irgend einmal wird dafür Ersatz zu schaffen sein. An der Grenze werden die Umtriebe größer werden. Je nachdem, ob für eine Importware eine Ursprungsbestätigung aus der Zone vorliegt oder nicht, wird der reduzierte oder der volle Zoll zu zahlen sein und schließlich Zollfreiheit oder Zollpflicht bestehen. Diese vermehrten Formalitäten sind der Preis dafür, daß die Freihandelszone keinen gemeinsa-

men Außentarif kennt und die Hoheit über die Handelspolitik bei den Staaten beläßt und nicht auf die Gemeinschaft überträgt.

Wirtschaftliche Überfremdung?

Aus dem Tessin kommen alarmierende Berichte über den Aufkauf von Liegenschaften durch Ausländer. Die Zahlen sind beunruhigend. So wurden, nicht gerechnet die juristischen Personen, im dritten Quartal dieses Jahres von Deutschen, Österreichern und Italienern für $9\frac{1}{2}$ Millionen Fr. Liegenschaften erworben und nur für $2\frac{1}{2}$ Millionen verkauft. Dabei verteilen sich die Käufe dem Vernehmen nach auf Bauland, anderes Land, Ferienhäuser, Einfamilienhäuser und Miethäuser. In Genf ist die dort mehr als in irgend einer andern Schweizerstadt grassierende Knappheit an Wohnungen und Geschäftsräumen zu einem ansehnlichen Teil darauf zurückzuführen, daß diese Stadt zum beliebten Beobachtungs- und Stützpunkt amerikanischer Großfirmen geworden ist. Es sind dort schon über 100 Filialen oder sonstige Ableger niedergelassen, wobei mehrheitlich Büro- und andere Arbeitsräume sowie Wohnungen für die Mitarbeiter benötigt werden. Dabei verschaffen sich diese Firmen Raum durch preisliche Überbietung. Anfänge eines Aufkaufs sind auch schon anderwärts festgestellt worden. Von einer wirtschaftlichen Überfremdung oder Ansätzen dazu kann man kaum schon sprechen. Die Schweiz ist nicht Objekt der Infiltration vor allem amerikanischer Firmen, wie sie in Deutschland, Holland und Belgien festzustellen ist, wo Filialen aufgetan oder Beteiligungen erworben werden, um innerhalb der EWG etwas zu haben. Eher scheint es, daß ausländische Kapital- und Steuerflucht in der Schweiz Anlage vor allem in privaten Liegenschaften sucht. Wirtschaftliche Auswirkungen bleiben dabei allerdings nicht aus, so weil mancher Käufer mehr die Sicherheit als die Rendite sucht und auf diese Weise den Preisauftrieb fördert.

Unter den ausländischen Interessenten bestehen offenbar teilweise Illusionen. So

wissen wohl manche nicht, daß der Besitz eines Hauses oder Betriebes in der Schweiz keinen Anspruch darauf gäbe, sich bei politischen Wirren in die Schweiz zu verziehen. Die Angelegenheit bedarf indessen aufmerksamen Studiums. Vorerst werden die Kantone ihre Hefte überprüfen müssen. So erscheint die steuerliche Begünstigung durch Abkommen und gesetzmäßige besonders schonende Behandlung — etwa jahrelange Besteuerung nach dem Aufwand — von Ausländern nicht mehr zeitgemäß. Sie war am Platze, als man in geeigneten Landesteilen Rentner und vermögliche Leute anziehen wollte. Auch angemessene Grundstückgewinnsteuern und realistische steuerliche Vermögensbewertungen sind in der Lage, die Spekulation zu dämpfen, den Ruf gewisser Gebiete der Schweiz als Steuerparadies zu korrigieren und wenigstens die öffentliche Hand an den Gewinnen zu beteiligen. Da aber die schweizerische Wirtschaft auf die Möglichkeit angewiesen ist, ihrerseits im Ausland Stützpunkte halten und erwerben zu können und von jeher schweizerisches Kapital im Ausland angelegt werden mußte, ist ein summarisches Vorgehen nicht am Platze, und es ist geboten, allfällige Maßnahmen des Bundes sorgfältig abzuwägen.

Probleme der öffentlichen Betriebe und Finanzen

Die großen Bundesbetriebe bereiten Sorgen. Obwohl die Erhöhung der Personen-, Gepäck- und Expreßguttarife und der Nebengebühren 1960 den bedeutenden Betrag von 45 Millionen Fr. mehr einbringen wird, sieht der Voranschlag eine Verzinsung des Dotationskapitals nicht vor. Dabei kann die Tariferhöhung nicht so bald wiederholt werden. Es stellt eine höchst achtbare Leistung dar, daß der Personalbestand 1960 trotz Arbeitszeitverkürzung nicht erhöht werden muß. Trotzdem gehen die Personalkosten um über 33 Millionen in die Höhe. Die Vermeidung der Erhöhung des Personalbestandes ist zum Teil durch vermehrte Investitionen, die verzinst und amortisiert werden müssen, erreicht worden, zu einem Teil auch durch

Abbau der Dienstleistungen. Die Auswirkungen einer weiteren Reduktion der Arbeitszeit ließen sich nicht mehr ohne Personalvermehrung auffangen. Der Abbau der Leistungen der Post ist weitgehender. Der Voranschlag der PTT-Verwaltung ist noch unerfreulicher als der der SBB. Der Reingewinn ist mit 26,7 Millionen Fr. nur noch halb so hoch wie die gewohnte und auch für die Zukunft erwartete Ablieferung an die Bundeskasse. Es bedarf der Aufmerksamkeit und der Maßnahmen, um zu verhindern, daß die beiden großen Bundesbetriebe zu Defizitunternehmen werden. Der Vorschlag, bei der PTT einen Verwaltungsrat zu schaffen, mag nützlich sein, da nur sehr wenige Personen Einblick in dieses gewaltige Unternehmen und seine Finanzgebarung haben. Die Arbeitszeitverkürzung ist eine schwere Last und wird progressiv schwerer, wenn sie weiter geht. Aber auch die Bautätigkeit ist der Durchleuchtung würdig. Das Projekt eines neuen Verwaltungsgebäudes in Bern erregte eine allgemeine Diskussion. Ohne Not drängt sich die öffentliche Hand in die City, wo Baugrund und Miete am teuersten sind. Als Beispiel diene die Niederlassung der Post im Claridenhof in Zürich. Der Neubau des Elektrizitätswerkes des Kantons Zürich steht auch nicht auf wohlfeilem Grund, und die SUVA dürfte in absehbarer Zeit in Zürich teurere Lokale haben als die größten Versicherungsgesellschaften von Weltrang.

Gewiß, es ist richtig, wenn die Verwaltung bei geäußerter Kritik Volk und Parlamente jeweils daran erinnert, daß sie die Vorschriften beschlossen haben, die zu Mehrausgaben führen. Der Wille, den öffentlichen Aufwand in Schranken zu halten, muß aber überall herrschen. Nicht nur bei den großen Bundesbetrieben, auch beim Bund selber und einer Anzahl von Kantonen und Städten droht in wirtschaftlich günstiger Zeit eine Defizitwirtschaft einzureißen. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß die Finanzkommission des Ständerates vom Bundesrat ein ausgeglichenes Budget verlangt hat.

Helvetica

Die Zeitnot als Problem des Unternehmers

Unternehmertagung auf Boldern

In der sympathisch einfachen und freundschaftlichen Atmosphäre der Reformierten Heimstätte auf Boldern (Männedorf ZH) trafen sich vor einiger Zeit wiederum eine größere Zahl von Unternehmern aus der ganzen Schweiz, diesmal, um über die Frage der jeden Unternehmer so hart bedrängenden Zeitnot nachzusinnen.

Was ist eigentlich «Zeit», fragte Dr. H. Schwing (Zürich) in seinem Einleitungsge- spräch die Anwesenden und zwang sie damit, einmal tiefer über die Zeit als menschliche Größe nachzudenken und sie zur transzen- dentalen Größe der Ewigkeit ins Verhältnis zu setzen. Mit diesem Bewußtsein des größeren Zusammenhangs dürfte schon ein großer Schritt zur Lösung der Zeitfrage ge- tan sein. Denn erwächst die Zeitnot nicht meistens einfach daraus, daß man die Sicht für das Wesentliche und für die wahren Be- deutungsverhältnisse verliert und sich in Ne- bensächliches verirrt? Ironischerweise er- brachte der Gesprächsleiter selbst ungewollt ein Beispiel hierfür, indem er sich in eine unfruchtbare Erörterung unbedeutender Be- griffe verlor, so daß am Schlusse kaum mehr Zeit verblieb, um einige konkrete Einblicke in die Praxis des Unternehmers zu tun. Von den vier Grundfunktionen des Unterneh- mers: Organisieren, Koordinieren, Delegie- ren und Kontrollieren, wird nach Dr. H. Schwing die dritte vielfach vergessen. Im vermehrten *Delegieren* muß in der Praxis die Lösung der Zeitfrage vor allem gesucht werden.

Der Betriebspyschologe Dr. H. Bertschinger (Fehrlitorf) befaßte sich anschließend mit einigen sich aus der Delegation ergeben- den Einzelproblemen. Mit der Organisations- *technik* der Delegation ist man schon vielen- orts vertraut. Mit dieser Technik ist aber ein zweites, menschliches Problem verbunden, das man zu wenig beachtet, das *Vertrauens- problem*. Das Vertrauensproblem ist heute

von zentraler Bedeutung. Aus der Fülle von Einzelfragen griff sodann Dr. Bertschinger drei Probleme heraus, die anschließend von allen Tagungsteilnehmern in drei Diskus- sionsgruppen unter regem Austausch der gegenseitigen Erfahrungen besprochen wur- den: 1. Wie bewahrt sich der seine Funktio- nen weitgehend delegierende Chef den *Überblick über das Ganze*? 2. Wie hält er den *persönlichen Kontakt* zu den untern Organisa- tions-Stufen, insbesondere zur Belegschaft aufrecht? 3. Wie meistert der Unternehmer die ständige *Unterbrechung seiner Arbeit* durch Rückfragen seitens der Untergebenen und durch die persönliche Inanspruchnahme sei- tens des «Königs Kunde»?

An Stelle des sonntäglichen Gottesdien- stes sprach am andern Morgen der Leiter der Reformierten Heimstätte, Dr. H. J. Rinder- knecht, von Gottes Zeit. Es gibt viele Schichten der Zeit, die unwiederbringliche Zeit des Herrn Jedermann, die gedachte Zeit des Philosophen und Gottes Ewigkeit, die durch Christus mitten in die Zeit des Jeder- mann hereingebrochen ist und an der wir mitten in unserer Gegenwart Anteil haben dürfen. Diese Ewigkeit, die nichts anderes ist als Gottes Liebe, muß durch die Zeit des Jedermann hindurchschimmern. Im Hin- blick auf sie wird die irdische Zeit zur Ent- scheidungszeit, zur Verantwortungszeit. Wie im Gleichnis der zehn Jungfrauen (Math. 25) der Bräutigam die Schlafenden unerwartet überrascht, so kommt das Ende der Jeder- mannszeit plötzlich und unerwartet. Dadurch wird unsere Zeit zu einer ständigen Bereit- schaftszeit. Die Organisation aber dieser Zeit, die das Thema der Tagung ist, soll da- zu dienen, das Ewigkeitliche in unserer Zeit stärker und wärmer für den Mitmenschen brennen zu lassen.

Nach dieser Besinnung auf das Wesent- liche sprach der emigrierte Russe Anatol J. Michailowsky über «Die Schicksalsstunde

des christlichen Abendlandes». Über das Anliegen Michailowskys ist hier bereits im Zusammenhang mit der Gießbach-Tagung des Redressement National berichtet worden. Wie dort fanden seine Ausführungen eine tief beeindruckte Zuhörerschaft.

Zum Schluß der Tagung äußerte sich Chefarzt Dr. Karl Spiske über «Die freie Zeit des Unternehmers». An diese Freizeit sollte man aus allen drei menschlichen Bereichen — Leib, Seele und Geist — ganzheitlich herantreten. Nachdem der Bereich des Seelischen mit der sprungartigen Entwicklung der modernen Psychiatrie bereits in so weitem Maße Beachtung und Pflege findet, legte Dr. Spiske ganz bewußt das Schwergewicht seiner Ausführungen auf das Leibliche, durch welches in bedeutendem Umfange ebenfalls auf das seelische und ganzheitliche Dasein eingewirkt werden

kann. Richtige Atmung, regelmäßige Entspannungspausen, tägliche Bewegung, das sogenannte autogene Training, Fastenzeiten etc., das alles sind Mittel, um über die gesunde Handhabung des Leiblichen zu einem seelisch gesunden und ganzheitlichen Leben zu gelangen.

Was aus diesen knappen Skizzierungen der Referate und Diskussionen nicht hervortreten vermag, ist der Geist und die Atmosphäre von Boldern. Das Wesentliche an den dortigen Tagungen sind nicht die Referate, sondern die Gespräche. Und was einem beeindruckt, ist die Offenheit, Ehrlichkeit und Ernsthaftigkeit dieser Gespräche. Das wiederum ist nur darum möglich, weil eine gleiche Grundlage alle verbindet, der erlebte und gelebte christliche Glaube.

Hans Georg Lüchinger

Die Einführung des Sturmgewehrs

In seiner Botschaft vom 23. 10. 59 umschreibt der Bundesrat die Bedeutung des Sturmgewehrs, das ab 1960 an Rekruten der Infanterie und der Leichten Truppen abgegeben wird. Schrittweise sollen auch die Auszugsformationen der Infanterie und der Leichten Truppen damit ausgerüstet werden. Es handelt sich nicht um den Ersatz eines Waffenmodells alter Art durch ein verbessertes Modell, sondern um die Einführung eines grundsätzlich neuen Waffentyps, mit weitreichenden Auswirkungen auf Organisation und Kampfart der Gruppen, Züge und Einheiten. Die Umbewaffnung zwingt daher zu einer eigentlichen Umschulung, die in WK von 20 Tagen Dauer erfolgen soll. Die Kenntnis der neuen Waffe und die Schießausbildung des Mannes in den verschiedenen Feuer- und Einsatzarten, mit gestreckter und gewölbter Flugbahn, bilden nur einen Teil der Umschulung. Wesentlicher ist die taktische Schulung der Gruppen, Züge und Einheiten unter ganz andersartigen Verhältnis-

sen, bedingt durch die einheitliche Bewaffnung mit dem Sturmgewehr und dem Wegfall von Lmg und Maschinenpistolen. Es ist daher höchst zweckmäßig, dieser Umschulung einen ganzen WK von drei Wochen Dauer zu widmen. Die besten und modernsten Waffen und Geräte sind nur gerade so viel wert, als Führer und Soldaten aus ihnen herausholen.

Die bundesrätliche Botschaft zeigt, daß Bundesrat und Armeeleitung die Notwendigkeit der gründlichen Ausbildung und Umschulung in Verbindung mit der Umbewaffnung auf das Sturmgewehr erkennen und bejahren. Man versteht daher um so weniger, daß die Auszugssoldaten im 35. und 36. Altersjahr, die ihre WK-Pflicht bereits erfüllt haben, nur für eine Woche in diese Umschulungskurse einberufen werden, unter Anrechnung auf die Ergänzungskurspflicht der Landwehr. Hier liegt ein Widerspruch. Wenn für die Auszüger vom 21. bis 34. Altersjahr ein WK von 3 Wochen für

die Umschulung auf das Sturmgewehr nötig ist, ist nicht einzusehen, wieso für die Auszüger im 35. und 36. Altersjahr eine Woche genügen soll. Mit der Tatsache, daß die WK-Pflicht dieser Auszüger erschöpft ist und ihre Umschulung nur auf Kosten der Landwehr-Ergänzungskurspflicht erfolgen kann, schafft man den Eindruck nicht aus der Welt, daß die vorgesehene Maßnahme eine Halbheit bedeutet. Wohl erhalten auf diese Weise die Landwehrverbände bereits ab 1961 vereinzelte Sturmgewehre. Aber die jungen Landwehrsoldaten, die mit dem Sturmgewehr zum nächsten Ergänzungskurs einrücken, sind an der Waffe ungenügend geschult. Sie haben nur eine Woche des Umschulungskurses von 3 Wochen besucht, kennen vielleicht die Waffe und die Schießverfahren, sind aber in dem durch das Sturmgewehr bedingten Kampfverfahren in keiner Weise ausgebildet. Dazu kommt der Umstand, daß sie in der Landwehr höchstens noch für 34 Tage aufgeboten werden können, weil sie ja bereits eine Woche Ergänzungskurs im Sturmgewehrumschulungskurs vorausgeleistet haben. Dabei kann man immer wieder hören, die gesetzlichen 40 Tage Ergänzungskurs für die Landwehr erlaubten keine genügende Ausbildung dieser Formationen. Die Absicht des Bundesrates, die beiden ältesten Jahrgänge des Auszuges für 6 Tage in die Sturmgewehr-Umschulungskurse einzuberufen, würde also bewirken, daß diese Leute in der Landwehr, je nach Einteilung, nur noch zu

$2\frac{1}{2}$ Ergänzungskursen von 13 Tagen oder zu $1\frac{2}{3}$ Kursen von 20 Tagen einberufen werden können.

Der Zweck der vorgesehenen Maßnahme besteht offenbar in der raschen Einführung von Sturmgewehren in den Landwehrformationen. Aber man hat dabei wohl übersehen, daß ein paar Sturmgewehre allein einer Landwehrkompanie wenig nützen, besonders dann nicht, wenn die damit ausgerüsteten Füsiliere und Korporale mit der neuen Waffe ungenügend ausgebildet sind. Der Wert dieser Maßnahme ist demnach fragwürdig.

Das Militärorganisationsgesetz ermächtigt die Bundesversammlung, für Umbewaffnungen usw. besondere außerordentliche Instruktionsdienste anzuordnen. Wenn der Bundesrat keinen entsprechenden Antrag stellt und die Umschulung auf Sturmgewehr in den ordentlichen, gesetzlichen Instruktionsdiensten durchführen will, sollte er sich konsequenterweise auf die Umschulung derjenigen Auszugsmannschaften beschränken, die noch nicht 8 WK geleistet haben und auf die Einberufung der Auszüger im 35. und 36. Altersjahr verzichten. Es ist besser, den Landwehrformationen erst ab 1963 die ersten Sturmgewehre zuzuteilen, dafür aber mit Soldaten, die 1960 den ganzen Umschulungskurs von 20 Tagen geleistet haben. Den Landwehrformationen wäre damit mehr gedient als mit nur halb am Sturmgewehr ausgebildeten Soldaten schon ab 1961.

Miles

